

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher und versorgungsrechtlicher Vorschriften 1980
– Drucksachen 8/3624, 8/2877, 8/3194, 8/4203 –

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird gebeten, sich dafür einzusetzen, daß die Mindestversorgung künftig in vollem Umfang an der allgemeinen Anpassung teilnimmt.

Bonn, den 17. Juni 1980

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung

Die Mindestversorgungsempfänger sind von den jährlich deutlich steigenden Lebenshaltungskosten besonders betroffen. Deshalb muß sichergestellt werden, daß die Mindestversorgung künftig mit ihrem Gesamtbetrag an der allgemeinen Anpassung teilnimmt. Eine solche Lösung sollte zudem gewährleisten, daß

- die Kongruenz zur allgemeinen Versorgung wieder hergestellt und
- der Vollzug der Vorschrift erleichtert wird.